

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

3.12.1921 (No. 283)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortl. Hauptschriftleiter: C. M. u. d. Druck und Verlag: G. Braunische Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M. 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhaltung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Auslandszuschlag.

Im Anschluß an die künftige Verlautbarung an dieser Stelle über die Erhebung eines Auslandszuschlages bei der Ausfuhr von Waren im Grenzverkehr wird mitgeteilt, daß der Beauftragte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Karlsruhe im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und dem Landesfinanzamt den Auslandszuschlag bei der Ausfuhr auf Sammelbewilligungen mit sofortiger Wirkung allgemein auf 2 Franken und bei Spielwaren einschließlich Christbaumsehnen auf 1 Franken für je 100 Mark Verkaufspreis herabgesetzt hat.

Das Brasilianische Generalkonsulat.

Dem Brasilianischen Generalkonsulat in Hamburg ist an Stelle des nach Genua versetzten Brasilianischen Konsuls Milton Reguelin Vieira Herr Arh. Werned als Konsul zugewiesen worden. Zum Amtsbezirk des Brasilianischen Generalkonsulats Hamburg gehört auch das badische Staatsgebiet. Konsul Arh. Werned ist zur Ausübung konsularischer Amtsbefugnisse in Baden zugelassen.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Von ihrem Berliner Mitarbeiter wird der Reichs-Korrespondenz „Nord-Süd“ geschrieben:

Dieser Tage sind die Plätze bekanntgegeben worden, an denen die Unterausschüsse der deutsch-polnischen Kommission für Oberschlesien demnächst die sachliche Arbeit aufnehmen sollen. Es sind elf solcher Ausschüsse von denen sechs auf deutschlebendem Boden, nämlich in Weuthen, Hindenburg u. Oppeln, fünf auf verlorengegangenen, nämlich in Katowitz, zusammenzutreten werden. Daneben hat man allerdings von Besprechungen gehört, die schon stattgefunden haben, ohne auf irgend einen Programm zu stehen: Vertreter großer Industriezweige in dem Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens haben sich von dem polnischen Kommissar nach Sosnowitz eingeladen lassen, und es sollen dort bereits folgenschwere Beschlüsse gefaßt worden sein. Diese Nachricht hat berechtigtes Aufsehen und Befremden erregt. Die Aufteilung Oberschlesiens ist noch nicht erfolgt, es handelt sich also um Werke, die heute noch deutsch sind und um Männer, die zurzeit noch Reichsangehörige mit allen Rechten und Pflichten als solche sind. Mühte man auch hier wieder der Welt das Schauspiel nationaler Unredlichkeit geben? Könnte man es nicht erwarten, mit fliegenden Fahnen ins feindliche Lager überzugehen? Hält es irgend jemand für möglich, daß in umgekehrtem Falle notable Polen dem Rufe eines deutschen Kommissars so ohne weiteres gefolgt wären? Wahrscheinlich, man empfindet es wieder einmal mit brennender Scham, daß es Dinge gibt, die nur der Deutsche fertig bringt, und daß der Judasgeist des Grafen Oppersdorf immer noch in Oberschlesien umhertreibt. Dabei hat die Entscheidung über Oberschlesien Deutschland eine Wunde geschlagen, die in Jahrzehnten bluten wird wie heute, und wo immer das Wort Oberschlesien von deutschen Lippen fällt, da wird es im Sinne eines unerbittlichen Protestes gegen einen beklagenswerten Rechtsbruch, gegen ein ungeheuerliches Unrecht gesprochen.

Man hat hier und dort gemeint, dieser Protest hätte bei dem ersten Zusammentreten der gemischten Kommission in Genf förmlich und feierlich wiederholt werden sollen, man kann sich aber ernstlich fragen, ob er durch eine solche Wiederholung verstärkt und nicht vielleicht eher abgeschwächt worden wäre; die Rechtswahrung des Reichskanzlers steht als gesicherte Tatsache fest und gilt für alle Zeiten bis zur Wiederanerkennung des geschehenen Unrechts und für alle Organe des Reiches, sie wird dadurch nicht berührt, daß sie an irgend einer Stelle wiederholt oder nicht wiederholt wird. In Genf, wo lediglich die formelle Grundlage für die sachlichen Verhandlungen der gemischten Kommission zu schaffen war, hätte sie sicherlich nichts gemerkt, weil sie von den Polen sofort automatisch erwidert worden wäre, sondern eher geschadet, denn sie hätte den unparteiischen Vorsitzenden der Kommission, den schweizerischen Bundesrat und früheren Bundespräsidenten Calonder höchstwahrscheinlich zu einer mehr oder minder scharfen Zurückweisung veranlaßt, weil die Kommission nicht der Ort für Proteste sei. Es erscheint auch durchaus zweckmäßig, daß von beiden Seiten die Versicherung gegeben worden ist, man wolle „in verständlichem Geiste“ verhandeln. Ein Überschuß von Höflichkeit auf deutscher Seite ist nicht festzustellen, aber es hätte keinen Sinn, sich innerhalb dieser Kommission, die eine ungeheuer schwierige Arbeit zu leisten hat, über Dinge zu zanzen, die nicht ihres Amtes

sind. Daß die sachlichen Verhandlungen in Oberschlesien selbst stattfinden sollen, ist ein erfreulicher Erfolg des deutschen Standpunktes; außerdem scheint es sich glücklicherweise nicht zu bewahrheiten, daß der Tscheche Hoday, der nach seiner bisherigen Tätigkeit in der ober-schlesischen Angelegenheit unter deutschem wie unter allgemein juristischem Gesichtspunkte einfach als befangen gelten muß, als Berater des Vorsitzenden tätig sein sollte.

Das Tätigkeitsgebiet der Unterausschüsse ist durch die grundlegende Note der Entente klar und scharf umgrenzt und eine Ausdehnung über diese Grenzen hinaus würde von dem Vorsitzenden voraussichtlich gar nicht geduldet werden. Andererseits ist es klar, daß die Lage der Deutschen in Posen und Westpreußen von den bevorstehenden Beratungen ebenfalls berührt werden wird. Es ist undenkbar, daß innerhalb des Polenstaates ein verschiedenartiges Minderheitenrecht gelten solle, und daß, was für die Deutschen in Oberschlesien zu erreichen ist, ihren Stammesgenossen in den anderen polnischen Gebieten nicht zugute kommen sollte; nur wird man sich über diese Dinge nebenbei oder vielleicht näher verständigen müssen. Ob sich daraus schließlich eine allgemeine Vereinigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen ergibt, bleibt abzuwarten. Man kann sich nicht verheßen, daß die einzige aber scharfe Waffe, die Deutschland in dem ihm aufgezwungenen Kampfe gegen Polen zur Verfügung steht, die wirtschaftliche Abhängigkeit, durch das entsetzliche Loch in Oberschlesien beeinträchtigt werden wird, aber an der Tatsache, daß Polen viel mehr auf ein erträgliches nachbarliches Verhältnis zu Deutschland angewiesen ist und bleibt, als umgekehrt, ändert sich nichts. Und so darf man hoffen, daß auch das Schicksal unserer Brüder in Posen und Westpreußen, die gerade gegenwärtig wieder unter neuen ungerechten Schikanen leiden, im Zusammenhang mit der Lösung der ober-schlesischen Fragen sich besser gestalten lassen werde.

Badische Wochenrückblicke.

Städtische Millionenprojekte.

Mit finanziellen Lappalien haben sich unsere Stadtparlamente zurzeit nicht abzugeben. Der allgemeinen Geldentwertung und Preissteigerung entsprechend, gehen die Anforderungen für die meisten Vorlagen, die heute vor die Bürgerausschüsse kommen, in die Hunderttausende und Millionen, und das Maß der Verantwortung, die den Vertretern der Bürgerschaft bei der Beschlußfassung in manchen Fällen obliegt, nun mandamental als schwere Bürde empfunden werden. Drei solcher Beschlüsse von weittragender Bedeutung hat der Heidelberger Bürgerausschuß soeben gefaßt. Bei dem einen handelt es sich um das bekannte große Projekt zur Schaffung eines abseits des Reichsbahndammes der Stadt gelegenen Industriegebietes, über das wir an dieser Stelle bereits des Näheren berichtet haben. Der großzügige Plan war bei einem Teil der Einwohnerschaft, der von der Industrialisierung eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes der alten Fremden- und Universitätsstadt befürchtete, in jüngster Zeit auf Widerstand gestoßen, und auch ein Teil der Stadtverordneten — die 10 Vertreter der Rechten — lehnte die Vorlage bei der entscheidenden Abstimmung ab. Die weit überwiegende Mehrheit des Bürgerausschusses ließ sich jedoch durch die geltend gemachten Bedenken nicht beirren, und gab dem Projekt seine Zustimmung, in der Überzeugung, daß die Heranziehung weiterer Industrieunternehmen unter Beachtung gewisser Kautelen dem bisherigen Charakter und der Anziehungskraft Heidelbergs keinen Abbruch tun werde. Mitbestimmend war dabei auch die Erwägung, daß die Industrialisierung vielen Arbeitslosen Beschäftigung bringen und auch solchen Arbeitern und Angestellten, die ihren Erwerb jetzt im Mannheimer Industriegebiet suchen müssen, zu Arbeitsmöglichkeit in Heidelberg selbst verhelfen werde. Da schon heute genügend Anfragen aus den Kreisen der Betriebs- und der Tabakindustrie vorliegen, kann als sicher angenommen werden, daß nunmehr auch Heidelberg bald in der Reihe der Industriestädte des badischen Landes stehen wird.

Handelte es sich bei diesem ersten Fall um eine vorläufige Bewilligung von 3½ Millionen, so erforderte der zweite nicht weniger als 33 Millionen Mark, die zur Ausführung des städtischen Bauprogramms für 1922 Verwendung finden sollen. Dabei steht heute schon fest, daß diese Summe noch nicht einmal zureichen wird; kann doch nach einer Vemertung des Stadtverordnetenobmannes die Stadt, falls das tatsächliche Erfordernis nicht doppelt so hoch sein wird, sich rüchmen, noch mit einem blauen Auge davonkommen zu sein. Bei dieser Gelegenheit ließ der gleiche Redner auch einige Worte zum Kapitel der Wohnungsteuer fallen, die er als den einzigen Weg bezeichnete, um aus den großen Wohnungsschwierigkeiten herauszukommen. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde, so meinte er weiter, von unüberdenklichen Folgen sein. Sie würde nichts anderes bedeuten, als die Vericherung des momentanen Aussehens. Die Mieten würden sofort um 200, 300, ja um 1000 Prozent und mehr emporschnellen. Die Wohnungsmangelswirtschaft könne man mit der Lebensmittelzwangswirtschaft auf keinen Fall vergleichen. Mit diesen letzten Ausführungen dürfte der Redner der allgemeinen Überzeugung nicht nur der Heidelberger, sondern der Mieter überhaupt Ausdruck gegeben haben. In Verbindung mit der 33 Millionenvor-

lage, wurde eine Reihe von anderen Krediten für Wohnungsbauten und Geländeankäufe im Gesamtbetrag von über 5 Millionen bewilligt.

Die Neuregelung der Befoldung der städtischen Beamten und Arbeiter, mit der sich eine weitere Vorlage befaßt, erfordert eine jährliche Mehrausgabe von 13 Millionen Mark. Der Bürgerausschuß konnte sich selbstverständlich auch der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Angleichung der Einkommensverhältnisse der städtischen Angestellten an die neuen Gehälter der Reichs- und Staatsangestellten nicht verschließen. Er hatte also in dieser einzigen Sitzung für die erwähnten Vorlagen allein über 50 Millionen zu bewilligen.

Betriebsumstellung der Karlsruher Lokalbahn.

Die Wirkungen der finanziellen Bedrängnisse der Städte treten immer krasser in Erscheinung. So sieht sich unter dem Druck der Lage der Karlsruher Stadtrat veranlaßt, eine Umgestaltung der Karlsruher Lokalbahn ins Auge zu fassen, die für eine ganze Reihe von kleineren Gemeinden — von den beschäftigungslos werdenden Arbeitern und Angestellten der Bahn ganz abgesehen — eine sehr schmerzliche Weisheitsübertragung bedeutet.

Die Umgestaltung ist so gedacht, daß der Betrieb auf der Strecke Hagsfeld — Spöck vom 1. Januar an vollständig eingestellt wird, während die Teile Hagsfeld — Lokalbahnstation Karlsruhe — Rühlertweg — Karlsrufer Walden am gleichen Tag in den Betrieb der Stadt, Straßenbahn übergehen und die Strecke von Grünwinkel bis Durmersheim in der bisherigen Weise weitergeführt wird. Maßgebend für die schwerwiegende Entscheidung des Stadtrats war die Erwägung, daß die Lokalbahn stets ein Schmerzenskind der Stadt gewesen ist. Sie hat nie rentiert und seit sie im Besitz der Stadt ist, schon annähernd 4 Mill. Mark an Zuschüssen verschlungen. Auch auf absehbare Zukunft hinaus ist ein wirtschaftliches Arbeiten der Bahn nicht zu erwarten, da sie lediglich als Zubringerin des Verkehrs aus den angeschlossenen Landgemeinden nach der Hauptstadt angesehen werden kann und der Verkehr von der Stadt nach den Landgemeinden ganz unbedeutend ist. Das für die Bahn in Frage kommende Verkehrsgebiet ist allerdings nicht groß. Auf einer Strecke von ca. 31 Kilometer sind rund 22 000 Einwohner angeschlossen und zwar auf der Südseite mit 14,5 Kilometer 14 375 Einwohner und auf der Nordseite mit 16,2 Kilometer 8464 Einwohner. Davon haben auf der Südseite Durmersheim und Forchheim mit zusammen 6319 Einwohnern, auf der Nordseite Hagsfeld, Lantzenloch und Friedrichstal mit zusammen 5623 Einwohnern in der später erbauten strategischen Bahn eine zweite, zum Teil sogar bequemere und jedenfalls raschere Verbindung mit der Stadt. Der Güterverkehr macht nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Einnahme des Regionverkehrs aus, während er bei den übrigen Klein- und Nebenbahnen in viel höherem Maße beteiligt ist. Von den auf der Bahn beförderten Personen reisen etwa zwei Drittel auf persönlichen Fahkarteln, während sich nur ein Drittel von ihnen der Fahrtscheine des Normallinien bedient.

So hat es der Stadtrat als einen Ausfluß aus Art und Wesen der Bahn angesehen, daß sie in diesem Maße unter Berücksichtigung der neuesten Lohn- und Gehaltsbewegung einen Fehlbetrag von 3 Mill. M. aufweisen wird, und er ist zu der Überzeugung gelangt, daß wenn nicht noch in letzter Stunde von den beteiligten Gemeinden und dem Staate namhafte Zuschüsse gewährt und für die Zukunft zugesichert werden, die das Bahnunternehmen in einer für die finanzielle Kraft der Stadt erträglichem Maße fundieren, die Wirtschaftlichkeit der Bahn nur durch die Betriebsumgestaltung gehoben werden kann.

Den Einwänden, daß die Betriebsumstellung eine Verletzung lebenswichtiger Interessen mit sich bringen werde, glaubt der Stadtrat in der Begründung der Vorlage zurückweisen zu können, indem er u. a. darauf hinweist, daß die in Frage stehenden Orte teils in alternativer Nähe, teils in 30–40 Minuten Entfernung gelegenen Staatsbahnhöfen oder Straßenbahnhaltestellen haben. Andererseits wird allerdings der Betrieb auf der Südseite auch weiterhin noch mit einem Fehlbetrag von 900 000 M. arbeiten (ohne den für eine verkehrstechnisch brauchbare Ausgestaltung geforderten einmahligen Aufwand von 350 000 M.). Doch ist dieser Teil des Betriebes immer noch der einträglichste und nach der ökonomischen, verkehrs- und ernährungstechnischen Seite hin wichtigste gewesen und könnte vorderhand nicht entbehrt werden. Von der Einbeziehung des mittleren Teils in das Straßennahverkehrssystem erhofft man ein wirtschaftlicheres Arbeiten als bisher.

Die Ankündigung der geplanten Maßnahmen hat begrifflicherweise in Interessententkreisen Bedauern und Mißstimmung ausgelöst. Die Beamten und Arbeiter der Bahn haben auf den Stadtratsbeschlüssen und die bisher erfolgten Kündigungen hin eine Versammlung abgehalten, in der scharfster Protest gegen die Betriebsumstellung sowohl wie gegen die Kündigungen erhoben und der Beschluß gefaßt wurde, bei der Regierung und bei der Stadtverwaltung in der Angelegenheit vorstellig zu werden. In der Versammlung wurde auch erwähnt, daß die anliegenden Gemeinden seit neuerer Zeit bereit wären, einen Zuschuß zur Fortführung des Bahn zu geben und angeregt, in den Gemeinden selbst Bürgerversammlungen einzuberufen, damit die Einwohnerkraft von der geplanten Betriebsumstellung Kenntnis erhalte. In Spöck hat denn auch bereits eine solche Bürgerversammlung stattgefunden, in der lebhafter Protest erhoben wurde.

Der Karlsruher Stadtrat selbst hat sich im Bewußtsein der Tragweite seines Beschlusses, obwohl Staat und Gemeinden sich bisher zur Zahlung der gewünschten namhaften Zuschüsse nicht hatten bereithalten können, entschlossen, um nach dieser Richtung hin alle Möglichkeiten zu erschöpfen, noch einmal mit den Gemeinden u. dem Staat in Verhandlungen zu treten und

sich vorbehalten, im Fall eines günstigen Ergebnisses seinen Verzicht abzugeben. Es ist nun abzuwarten, ob die Regierung bezu. der Landtag und die Gemeinden sich in der Lage sehen werden, den Wünschen der Stadt zu willfahren. In gutem Willen wird es zweifellos nicht fehlen, die Entscheidung darüber, ob er sich verwickeln läßt, muß natürlich den genannten Stellen vorbehalten bleiben. Im übrigen wird sich mutmaßlich auch im Bürgerausschuß noch eine eingehende und lebhaft erörternde über die Frage der Lokalbahnen entspannen. — 1.

Kommunalpolit. Rundschau.

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich.

Von Karl Menne, Beigeordneter, Oberhausen (Mhld.). Die vom Statistischen Reichsamt im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Zusammenstellung der beschlachtungsfähigen Schlachtungen für das zweite Vierteljahr 1921 zeigt bei allen Tiergattungen mit Ausnahme von Pferden, Riegen und Hunden, eine zum Teil beträchtliche Steigerung der Schlachtungsziffern. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Pferde und andere Einhufer sind in Preußen 17 066, im Deutschen Reich 27 793 im zweiten Vierteljahr 1921 gegen 31 492 im gleichen Zeitraum des Jahres 1920 geschlachtet worden. Der Verbrauch von Pferdefleisch hat also nachgelassen. Dessen sind in Preußen 83 320, im Deutschen Reich 66 692 gegen nur 28 457 im zweiten Vierteljahr 1920 geschlachtet worden. Bullen sind in Preußen 17 382, im Deutschen Reich 81 646 gegen nur 54 876 im Vorjahr der Fleischbeschau unterworfen worden. Für Kühe stellen sich die Ziffern auf 163 577 beschlachtungsfähige Schlachtungen in Preußen, 283 209 im Deutschen Reich gegen nur 169 601 im Vorjahr. Bei über drei Monate alten Jungriindern sind die Zahlen 83 337 in Preußen, 174 068 im Deutschen Reich gegenüber 116 063 im Vorjahr. Bei Kälbern ergeben sich 474 343 Schlachtungen in Preußen, 852 289 Schlachtungen im Deutschen Reich gegen nur 305 792 im Reichsgebiet für das zweite Vierteljahr 1920. Die Zunahme beträgt also mehr als die Hälfte. Ganz außerordentlich vermehrt hat sich die Zahl der Schweineschlachtungen. Sie beläuft sich auf 819 959 für Preußen und 1 240 203 für das Deutsche Reich, gegen nur 269 049 für den gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Steigerung beträgt nahezu das Fünffache.

Eine mehr als siebenfache Steigerung ergibt sich bei Schafen, von denen in Preußen 218 404, im Deutschen Reich 340 453 gegenüber nur 44 683 im Jahre 1920 in dem zweiten Vierteljahr beschlachtungsfähig geschlachtet worden sind. Die Zahl der Riegen- und Hunds- und Schweineschlachtungen ist dagegen zurückgegangen. Sie beträgt 34 132 in Preußen, 77 885 im Deutschen Reich gegen 127 162 im Jahre 1920. Zu begrüßen ist auch, daß die Schlachtungsziffern für Hunde einen Rückgang aufweisen. Es sind in Preußen 399, im Deutschen Reich 1152 gegenüber 1827 im Vorjahr geschlachtet worden. Von Interesse dürfte sein, daß in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Ehenzollern keinerlei Hundeschlachtungen, in Berlin und in den Provinzen Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland eine geringe Zahl von Hunden geschlachtet ist, die jeweils an die Zehner noch nicht heranreicht; in den Provinzen Niederschlesien, Oberschlesien und Sachsen jedoch je über 100 beträgt. Außerhalb Preußens stellt das Hauptkontingent der Freistaat Sachsen mit 511 Hundeschlachtungen, also nahezu die Hälfte der gesamten Schlachtungsziffern im Reichsgebiet. Es folgt dann Anhalt mit 125 Schlachtungen, dann Württemberg, Baden, Thüringen, Hamburg und Hessen mit einer geringen Zahl, die jeweils im ersten halben Hundert bleibt, während in den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Bremen, Lippe, Südbad, Waldeck keine Hundeschlachtungen zu verzeichnen sind.

So begrüßenswert an sich die Steigerung der Schlachtungsziffer auch erscheinen mag, so wäre es doch verfehlt, hieraus auf eine Steigerung der Viehmengen schließen zu wollen. Würde das Ansteigen der Schlachtungsziffer auf das Abkochen vorhandenen Viehbestandes zurückzuführen sein, so wäre jedenfalls ein stärkeres Sinken der Preise, wie es vereinzelt und vorübergehend erfolgt ist, zu verzeichnen gewesen. In der Hauptsache beruht die Steigerung der Schlachtungsziffern leider wohl darauf, daß wegen Knappheit an Futtermitteln infolge der anhaltenden Dürre ein Durchfüttern der Tiere dem Landwirt nicht möglich war. Aus der Schlachtungsziffer allein kann daher auf den Stand der Viehhaltung und die dadurch bedingte Entwicklung der Fleischversorgung kein zutreffendes Urteil gezogen werden. Es bleibt vielmehr das Ergebnis der Viehzählung abzuwarten.

Volksbühne.

„Die Hoffnung auf Segen“.

(Erstaufführung.)

Auf der Suche nach dramatischen Dichtungen, die dem werktätigen Publikum geistverwandt, die leicht fassliche Probleme entrollen, Dichtungen, in denen der Kampf um das Sein geschildert, erfährt und lebendig gestaltet, die also gewissermaßen unmittelbar an eigene Erfahrungen und Erlebnisse des Zuschauers anknüpfen, so daß er sofort „im Wilde“ ist, auf der Suche nach einem so gearteten Stoff ist die Volksbühne wieder in den Bannkreis des Naturalismus geraten und hat die Fischeitragodie „Die Hoffnung auf Segen“ von Herrn Heijermans jr. seinem Winterprogramm einverleibt.

Angzuerkennen sind die unermüden Bestrebungen, das Publikum dem dargestellten Kunstwerk schon vor der Aufführung nahe zu bringen. Man hat keinen Weg unversucht gelassen: gedruckte Einführungen, Vorträge in der Zeitung, Vorträge sollten das gewünschte Ziel erreichen helfen. Aber nie konnte die Gesamtheit der Zuschauer erreicht werden. Das beste Mittel der Vorbereitung hat man wohl jetzt in einer unmittelbar vor Anfang des Vorhangs gehaltenen kurzen Ansprache gefunden. Direktor Hans Blum ist ein ausgezeichnete Interpret: er spricht klar, allgemein verständlich, kurz und ungeschminkt, das Wesentliche mit wenigen Worten heraushebend. Ein großer Mangel, das störende Lachen an falscher Stelle, was dem seiner Empfindenden oft weh tun mußte, und den Künstler oben aus der Fassung bringen konnte, ist bereits in der gestrigen Aufführung — von einer einzigen Ausnahme abgesehen — verschwunden. Die Ermahnungen waren also nicht in den Wind gesprochen, sie wirkten sogar so intensiv, daß sich das Lachen an berechtigter Stelle kaum hervorwagte. Das wird sich schon von selbst einstellen. Noch eine Mahnung dürfte Herr Blum anfügen: pünktliches Erscheinen! Dann werden wir bald das best erzogene Theaterpublikum haben.

Das Werk hat starke Momente. Nicht der Klassenkampf und Klassengegnerschaft, nicht die sozialen Probleme, die aus dem Auseinanderfallen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgetrieben sind, geben dem Drama Wirkung. Im Gegenteil. Wir beurteilen diese Fragen heute nüchtern und objektiv. Wir wissen, daß die Seevereisungsgesellschaften

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsfrage.

Ein Telegramm aus London meldet unter dem 2. Dez.: Die Reparationsfrage steht nach wie vor im Vordergrund der Presseerörterungen. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz von Lloyd George eine Konferenz des Finanzausschusses des Kabinetts statt, der sich mit dem augenblicklichen Stand der Reparationsfrage befaßte. Anwesend waren u. a.: Churchill, Evans, Chamberlain und Lord Hardinge. Dem Ausschuss lag der Bericht des Schatzamtes über die Reparationsfrage vor. Laut „Daily Telegraph“ ist die Arbeit des Ausschusses der Minister und Schatzamtsberatern jetzt genügend weit vorgeschritten, um die Regierung in den Stand zu setzen, ihre Vorschläge im Laufe des heutigen Vormittags zu erwägen.

Rathenau hatte gestern vormittag eine neue Unterredung mit dem Schatzkanzler, bei der laut „Morning Post“ beide ihre Ansichten eingehend und offen darlegten. — „Daily Mail“ zufolge verläutet, daß die Minister im Finanzausschuß des Kabinetts einem Moratorium für die deutschen Schulden grundsätzlich zustimmen und zu der Ansicht gelangt seien, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredits und der deutschen Finanzen kein anderer Weg möglich sei. Man glaube, daß die französische Regierung dem britischen Plane zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Interessen gewährleistet werden. Am 4. Uhr 30 nachmittags ist in der Downing Street eine Ministerkonferenz zusammengetreten, auf der, wie verläutet, die Frage der deutschen Reparationen besprochen wurde.

Dem „Morning“ wird aus London berichtet, in den Kreisen der Downing Street erkläre man, daß Lloyd George die Hoffnung habe, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Plan, mit Hilfe eines Moratoriums Deutschland wieder in die Höhe zu bringen, persönlich entwickeln zu können. Man schreibe daraus, daß es wahrscheinlich sei, daß Lloyd George Dr. Rathenau empfangen werde, um aus seinem Munde ein Exposé über den deutschen Standpunkt zu hören.

„Daily Chronicle“ berichtet, daß Rathenau gestern seine Unterredung mit hervorragenden Leuten der amtlichen Welt und in der City fortgesetzt habe. Seine Mission komme jetzt klar als eine doppelte zum Ausdruck, da er auf der einen Seite die Zustimmung und Unterstützung der deutschen Regierung bestrebe und andererseits die Billigung der großen finanziellen und kommerziellen Interessenten in Deutschland. Der Zweck der Reise Rathenaus sei auch ein doppelter, die Erleichterung der Reparationsbedingungen und die Wiederherstellung der deutschen auswärtigen Handelsbeziehungen. — Laut „Daily Chronicle“ ist Rathenau deutlich zu verstehen gegeben worden, daß Reparationen nicht in Papiergeld bezahlt werden können und daß Deutschland für seine Einfuhr nicht mit einer entwerteten Währung bezahlen dürfe. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, es herrsche ein gewisser Optimismus bezüglich des Ergebnisses der Mission Rathenaus. Die Stabilität der Mark sei die Bedingung für das Wiederaufleben des Handels nicht nur in Deutschland, sondern auch im größten Teil Europas, und liege im Interesse der Alliierten ebenso sehr wie im Interesse der Deutschen. Die Stabilisierung könne jedoch nicht stattfinden, wenn der bisherige Reparationszahlungsplan aufrecht erhalten werde. Die Regierung, die bisher Beweise von Aufrichtigkeit gegeben habe, werde „Daily Chronicle“ zufolge die halbamtliche Erklärung abgeben, daß Deutschland die im nächsten Monat fällige Rate von 25 Millionen Pfund Sterling nicht zahlen könne, wenn es keine Kredite erhalte. „Daily Chronicle“ bemerkt dazu, dies sei aber nur die erste Hürde in dem Rennen, und selbst wenn Deutschland sie nehme, so werde es doch bei der nächsten zur Fall kommen. Das Wort führt weiter aus, daß die augenblicklich besonders ins Auge fallenden Vorschläge sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern kombiniert werden können. Es seien: 1. der Plan eines Moratoriums, 2. eine Art von Termenplan und 3. eine dem Wiesbadener Abkommen ähnliche Regelung zwischen Großbritannien und Deutschland. Das Moratorium könne nicht ohne Zustimmung aller in der Reparationskommission vertretenen Mächte angenommen werden. (?) Wenn daher ein Moratorium zustande kommen solle — und ohne ein Moratorium könne die Lage kaum eingerechnet werden — so müßte die Zustimmung Frankreichs gesichert werden. Dem Termenplan werde Frankreich sehr geneigt sein, da Frankreich das deutsche Geld sehr brauche, um sein Budget auszugleichen. Eine dem Wiesbadener Abkommen ähnliche Regelung würde

jedoch nur den vierten Teil der gegenwärtigen Reparationssumme erreichen.

Sir Edward Maclay, Mitinhaber der Londoner Bankfirma Sperling u. Co., hat in einer Unterredung erklärt, die Nachricht, daß die Regierung endlich das gesamte Problem der deutschen Reparationen neu erwäge, sei die beste Kunde seit dem Waffenstillstand. Wenn Deutschland nicht eine große Zeitspanne gewährt werde, so würde es entweder im Januar oder Februar seine Zahlungen einstellen. Das Ergebnis würde der Zusammenbruch der Banken und des ganzen Finanzsystems in Mitteleuropa sein. Das britische Interesse fordere gebieterisch, daß man Deutschland zur Zahlungsfähigkeit und Stetigkeit ver helfe, damit die deutsche Kaufkraft wieder hergestellt werde. Das Wiesbadener Abkommen müsse sofort ratifiziert und alle weiteren Reparationszahlungen um wenigstens drei Jahre verschoben werden. Es sei eine vollkommen unmögliche Geschäftspolitik, Deutschland für den Krieg zahlen zu lassen. Deutschland sei der Angelpunkt Europas, das nicht geüben könne, so lange Deutschland zwischen Revolution und Bankrott schwebe. Der ganze Kontinent sei ungesund, weil Deutschland unmögliche finanzielle Aufgaben aufgebürdet seien.

Eine Note der Reparationskommission.

Die Reparationskommission beschloß, nach einer Pariser Meldung des „B. Beob.“, einstimmig, dem Reichskanzler ein Telegramm zu übersenden, in dem in nachdrücklicher Form auf die Zahlungen vom Januar und Februar verwiesen wird und das gleichzeitig Mitteilungen über die Lage in Deutschland und über die Finanzpolitik der Regierung erbitet.

Errichtung einer deutschen Kreditvereinigung.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe. § 1 des Gesetzes wurde abgeändert in folgender Fassung: Zweck der Vereinigung ist die Beschaffung von Mitteln in deutscher Währung zur Erfüllung des dem Reich kraft des Friedensvertrages und der diesem folgenden Akte obliegenden Zahlungsverpflichtungen soll eine Anleihe aufgenommen werden. Aufgabe der Kreditvereinigung ist es, entweder diese Anleihe selbst aufzunehmen, oder, falls die Aufnahme von dritter Seite mit Zustimmung der Regierung erfolgt, ihre Erfüllung zu gewährleisten. Die Grundlage für die Gewährleistung sollen die Betriebsvermögen der Gewerbe, die Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft, und die zur Vermietung dienenden Gebäude der Mitglieder der Vereinigung bilden. § 8 erhielt folgende Fassung: Mit der jeweiligen Zahlung der Amortisations- und Zinsraten der in § 1 bezeichneten Anleihe entfällt für die Vereinigung ein Anspruch gegen das Reich. Eine Entschädigung geschieht ausschließlich in Verrechnung von in Markt ausgefallenen Guthaben. Ferner wurde folgende Entschädigung gefordert: Der Reparationsausschuß ermahnt, daß der endgültige Gesetzentwurf betreffend eine Kreditvereinigung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung überwiesen wird.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

hat weiterhin folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Der Parteitag der D.V.P. dankt den Fraktionen der Partei für ihre Bemühungen, die Notlage der Kleinrentner, Pensionäre und Sozialrentner zu lindern. Er spricht die Erwartung aus, daß die Deutsche Volkspartei auch weiterhin ihre ganze Kraft dafür einsetzen wird, diejenigen Schichten unseres Volkes, die durch die Entwertung unseres Geldes in die schwerste Not gekommen sind, durch Zusammenwirken von Reich, Land und Gemeinde das mühsam und ehrlich erworbene Recht auf einen gesicherten Lebensabend zu erhalten.

2. Die von der Reichsregierung vorgebrachten Steuervorschläge bringen eine außerordentliche Verschärfung der Verbrauchsbelastung. Weite Bevölkerungsklassen werden hierdurch betroffen. Insbesondere die Kleinrentner, die freien Berufe, denen eine Erhöhung ihrer Einkommen nicht möglich ist, droht eine weitere zwangsweise Herabsetzung ihrer Lebenshaltung. Der Parteitag richtet an die Reichstagsfraktion das dringende Ersuchen, bei Erbringung der Steuererträge die wirtschaftliche Notlage dieser Kreise in Betracht zu ziehen.

3. Der Parteitag fordert seine Vertreter in den Parlamenten in Reich und Ländern auf, bei den finanziellen Belastungen und bei der Regelung der Beamtenfragen den allgemeinen Ge-

den Herren Meedern scharf auf die Finger sehen. Ein Schiff, das nicht seetüchtig, eine schwimmende Totenkiste, läuft nicht aus. Hier hat der Dichter der Weltlichkeit Gewalt angetan — seiner Tendenz zuliebe. Das ist die schwächste Seite seines Stückes. Dieser Teil ist Mache und stößt ab. Dem Spielleiter Herrn Friß Herz muß man Dank wissen, daß er nach dieser Richtung hin nach Möglichkeit gemildert und abgeschwächt hat. Aber da, wo der Dichter wahr bleibt, wo er uns in die armeneligen Hütten und angstvollgequälten Herzen des Fischervolkes blicken läßt, wo er unmittelbar aus dem Leben schöpft, in die Kräfte ihres Schicksals hineinleuchtet, wo seine Menschenliebe durchdringt, da packt und rührt er. Freilich zur Erfrischung kommt es nicht. Denn es sind ja nur Bilder, die an uns vorüberziehen, liebevoll und mit großem Gefühl für Kleinmalerei ausgeführt. Aber der innere Zusammenhang, die dramatische Geschlossenheit, das ungehemmte Streben auf einen Mittelpunkt — diese starken Potenzen des Bühnenwerkes fehlen.

Die Aufführung war auf Fräulein Krauendorfer als Amerthe Vermeer war groß in der Schönheit ihrer Darstellung. Die Gesamtheit und Verschlossenheit ihrer Natur, wie sie die herausdrängenden Empfindungen in sich zwang, wie sie selbst in den Augenblicken seiner Erschütterung nie den äußeren Halt verlor, diese Verhaltensweise im Spiel war wieder eine harte Probe künstlerischen Gehaltens. Den jungen Geest brachte Herr Dahleu zu härtester Wirkung, so daß er den beiden ersten Akte dramatischen Atem einhauchte. In Haltung, Kostüm, in Bewegung und Sprache hatte er den ganzen inneren Menschen projiziert. Er verfiel nicht in den Fehler, einen Spätklassiker-Motiv aus dem November 1918 zu kopieren, er verkörperte seine Rolle, die sich aufbäumt gegen den kapitalistischen Diktator. Bewundernswert ist die überlegene Sicherheit mit der er gestaltet, mit der er seine Steigerungen aufbaut und ins Relief treibt, wie er seine großen schauspielerischen Mittel ökonomisch einsetzt, um aus den Höhenpunkten die letzten Wirkungen herauszuholen. Man muß sich Fräulein Krauendorfer (No) zum Vorbild nehmen. Auch sie ist ein starkes Talent, auch sie verfügt über große, schöne Mittel, auch in ihr pulst künstlerisches Temperament, aber noch mangelt das bewußte, selbstkritische Gestalten und Formen. Sie hatte als No sehr gute Momente, in denen sie den Charakter dieses lebensstarken Mädchens instinktiv traf und damit zu interessieren wußte. Aber sie läßt sich andererseits noch zu Übertreibungen hinreißen, so daß die Möglichkeit einer Steigerung ausgeschlossen. Herr Dahleu hatte den so ganz anders gearteten jungen

Wort übernommen und zeigte wieder, wach künstlerischen Fleiß und Eifer er an die Ausarbeitung einer Rolle wendet. Er bot eine stark fesselnde Leistung. Aus der großen Reihe der hervorragenden Redner des Reichstages war er in der Partei der Herren Paul Müller (Coburg), Max Schneider (Draht) v. d. Ehren-Mitglied (Wob.), Höder (Simon), Gemmele (Kapp) und der Damen Genet (Mathilde), Creunach (Clementine), Raffé (Marieje), Norman (Ewart), Müller (Eras) lebende Erinnerung.

Das Fischervolkes des ersten Aktes amete vielleicht zu viel Behaglichkeit.

Der Beifall der Zuhörer war stark.

Landestheater. Man schreibt uns aus der Theaterkanzlei: Die erste „Literarische Abendfeier“ am Montag, den 5. Dezember, bringt eine Anzahl Darbietungen in Wort und Ton aus der Volks- und bürgerlichen Dichtung des deutschen Mittelalters. Die Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts bildet den zeitlichen, das Nürnberg Hans Sachsens den vorgestellten örtlichen Rahmen für die einzelnen Vorträge; durch einen frei erfundenen Dialog miteinander verbunden, werden sie durch die Mitwirkenden, in einem charakteristischen Kostüm, zu Gehör gebracht und so in den Zusammenhang eines zufälligen feierlichen Treibens eingefügt werden, das auf einem „Klag am Tore“ vor sich geht. Der Lobspruch der Stadt Nürnberg von Hans Sachs eröffnet den Abend. Ihm schließt sich des Dichters choralmäßige Silberweise „Salve, ich grüße dich schön“ und eine „Klag“ über die schlechten Zeiten eines unbekanntem Verfassers an, die keineswegs veraltet anmuten dürfte. Hiernach leitet ein altes Spottgedicht über die Würde der Schreiber zum Landstreicherhumor des Liedes vom armen „Schwarterhals“ über. Den Beschluß des ersten Teils macht die „Klag“ dreier Frauen über ihre Hausmads von Hans Sachs, die den Schuhmacher und Poeten durchsachs als Kenner ewig neuer Zeitgebreiten zeigt. — Der zweite Teil beginnt mit dem Liebesgespräch „Sommerfreuden“, dem der „Alte Reigen“ und das erste „Weiden“ folgt. Aus anschließendem Wirtshausstreben entwickelt sich das nächste: das Preislied auf die „Buttermilch“ und das Streiduet „Vom Wasser und vom Weine“. Vor Nachspeiszeit vernimmt man wieder Meister Hans Sachs mit seiner „Tischzeit“. Den letzten Teil bildet sein „Fastnachtspiel“: Kraw Wacht will niemand herbergen. — Zum Schluß ertönt das „Nachwächterlied“, dessen alte Weise noch in gar nicht zu ferner Vergangenheit in den nächsten Gassen deutscher Städte vernommen wurde.

Sichtspunkt dahingehend zur Geltung zu bringen, daß die kinderreichen Familien geschont bzw. gehalten in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.

4. Der Reichsparteitag erwartet von der Parteileitung, daß sie ihren ganzen Einfluß in der preussischen und in der Reichsregierung aufbietet, daß von der polnischen Regierung vergewaltigten Deutschen bald und soweit wie möglich ihr Recht gesichert wird. Weigert sich die polnische Regierung, nachzugeben, so sind alsbald die schärfsten Repressalien gegen die in Deutschland lebenden Polen zu ergreifen.

5. Der Parteitag erkennt sich erneut zu den leitenden Gedanken und Ausbauplänen deutscher Kultur.

6. Der Parteitag protestiert erneut gegen die Gewalttat, die im deutschen Oberschlesien durch die Entente begangen ist. Niemand erkennt die Grenze zwischen Deutschland und dem von uns abgetrennten Teil Oberschlesiens an. Die dort wohnenden Deutschen gehören zusammen. Wir werden ihnen unerschütterliche Treue walten. Ebenso wendet sich die Entschiedenheit gegen eine Schwächung Preußens durch eine Abtrennung Oberschlesiens.

Bekenntnisse eines alten Konservativen.

Wam Röder, der bekannte Herausgeber der „Süddeutschen Konversationskorrespondenz“, hat ein neues Buch erscheinen lassen: „Reaktion und Antisemitismus“ (Berlin, Verlag C. A. Schwetschke u. Sohn, M. 13.50). Das Buch ist zugleich ein Mahnwort an die akademische Jugend, jedoch an alle gerichtet, denen die Fragen der Zeit und der Zukunft am Herzen liegen. Röder hat in der alten konservativen Partei eine Rolle gespielt, er stand mit ihren bekanntesten Vertretern auf vertrautem Fuße. Bis in die Revolutionszeiten war er in den Reihen der konservativen parteipolitisch tätig, und als er sich dann vom ihrem Treiben abgewandt, ist er doch in entschiedenem Maße konservativ geblieben. Er ist überzeugter Monarchist, positiver Protestant, und seine ganze Auffassung des geistigen, des sozialen und des wirtschaftlichen Lebens ist von konservativen Momenten durchdrungen. Röder führt immer wieder ausdrücklich das alte Konservativtum gegen die deutschnationale Demagogie ins Feld; er hat eingesehen, was am alten Konservativismus verfehlt u. verderblich war. Das war, so schreibt er, „Freib. Völk“, dem wir diese Ausführungen entnehmen, vor allem das sog. Ostelbierium. Ihm widmete Röder ein Kapitel, worin er den Völkern, die gar nicht wissen, wie es entstanden ist, seine Geschichte erzählt und den Einfluß charakterisiert, den es auf den preussischen Geist ausgeübt hat. Röder sagt u. a.:

„Infinstitut fühlt die deutsche Volkseele, daß von dem Ostelbierium etwas Widerwärtiges, etwas die deutsche Kultur Hemmendes ausgeht, unter dem Preußen so gut zu leiden hat wie das übrige Deutschland. Wenn wir „ostelbisch“ sagen und damit den Begriff einer minderen Deutschtum verbinden, so meinen wir keineswegs das im Osten wohnende deutsche Volk der Bürger und Bauern. Das sind fröhliche, treue, lebenswerte Stämme, die in Wesen und Art all das spezifisch Deutsche besitzen, das allen anderen Stämmen eigen ist. Es wäre eine ganz und gar ungerechtfertigte Überhebung, wenn sich die Süddeutschen für etwas Besseres hielten, als unsere modernen Brüder im Osten. Ostelbisch bezeichnet eine bestimmte Geistesrichtung, die im Laufe der Jahrhunderte immer größerer Übergewicht über das nationaldeutsche Denken und Fühlen bekommen und dieses nach einer bestimmten Richtung hin verdrängt verdrängt hat, daß die deutsche Ursprünglichkeit Schaden litt und die deutsche Geistes- und Kulturrichtung in falsche Bahnen trieb.“

Das Wesen des Ostelbieriums ist organisch verbunden mit der Vorkultur des Großgrundbesitzers, ob adelig oder bürgerlich, tut dabei nichts zur Sache. Es gibt bürgerliche Großrentner, die viel „verjunkerter“ sind als der älteste preussische Landadel. . . . Es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß es auch unter dem preussischen Adel des Ostens, besonders des Hochadels, großherzige und weisliche Männer gab, die sich abseits von den geistigen Schranken des Ostelbieriums zu befreien wußten.“

Röder schildert dann, wie seit der Wende des 15. Jahrhunderts die landläufigen Adelsgeschlechter, ob es den reichen Bürger der Stadt gleichdient zu können, die Bauern (auch der ganze Osten war von Bauern besiedelt) mit Hilfe des römischen Rechtes zu Leibeigenen machten. Selbst die Aufhebung der Leibeigenschaft hat den Großgrundbesitz vermehrt, weil in Ostelbien die „Ablösung“ mit Land bezahlt wurde, anders als im Süden und Westen. Röder sagt weiterhin:

„Als ich im Jahre 1910 zum ersten Male nach Ostelbien kam, da lernte ich mit dem Entsetzen meines süddeutschen Herzens Zustände kennen, wie ich sie für unmöglich gehalten habe. Noch weitern Parteiblogna und Tradition, die gewonnene Anschauung in eine neue politisch-soziale Überzeugung einzuschmelzen, aber der nachhaltige Eindruck der mit bisher unbekanntem ostelbischen Gesellschaftspolit auf Gemüt und Ver-

mußt ließ sich nicht verwischen. Und als ich im Kriegsjahre 1917 abermals durch Ostelbien kam, um ins Baltikum einzureisen, da wurde mir beim Anblick der baltischen Großgüter und einer unterdrückten Bevölkerung, die ich schon aus den Panemus-Schilderungen kannte, der Parallelismus der baltisch-ostelbischen Gesellschaftsordnung mit einem Schläge klar. Hier wie dort ein ererbendes Verrentum, das eine gesunde bäuerliche Entwicklung niederhält, die allein den Staat, jeden Staat vor Erschütterungen bewahren kann. Die von einem im Geiste lässig gewordenen Patrimonium patronisierte Großgrundbesitzerherrschaft hatte vollständig alle Lehren der Gesellschaftslehre beiseite geschoben, hatte bemessen, was Bibel und christliche Ethiklichkeit zu diesem grundlegenden, sozialen Thema zu sagen wußten. Daß doch die biblische Wirtschaftslehre durch den Mund des Propheten Isaias, ein scharf richtendes Wort über die Patrimonialwirtschaft ausgesprochen. „Wehe Euch“, sagt der Prophet, „die Ihr Haus an Haus reißt und Acker an Acker bis an die Grenzen der Markung! Wohnt Ihr denn allein im Lande?“

Das Wort vom Ostelbierium klingt heute noch konservativen süddeutschen Ohren als ein agitatorisches Schlagwort des „jüdischen Freisinn“. Ich selbst habe es durch viele Jahre meiner politischen und publizistischen Tätigkeit als solches bewahrt, und der süddeutsche Bauer, Handwerker, Gewerbetreibende konservativer und nationaler Richtung ist heute noch überzeugt davon, daß das ganze Verrentum vom Ostelbierium eine bössartige Plage der „verjunkernden Demokratie“ ist, die damit politische Geschäfte machen will. Nur so ist es zu verstehen, wenn geistig und sittlich hochstehende Männer konservativer Prägung in Süddeutschland noch heute dem Ostelbierium und dem sich ihm verbündeten Großkapitalistischen Industrialismus, Gefolgschaft leisten. . . .“

Ausschreitungen in Wien.

Das Wiener „Neuzeitungsblatt“ berichtet über die Ausschreitungen vom 1. Dezember, daß bei der Wörsche Straßenbahnwagen, die den Verkehr nicht eingestellt hatten, angehalten und die Fahrkräfte herausgeholt und verprügelt wurden. In der Nähe des Parlaments versuchte man, dem Insassen eines Automobils eine Schlinge um den Hals zu legen und ihn aufzuhängen. Er schickte, wurde aber wieder eingekerkert und blutig gefoltert. Nur mit Mühe gelang es schließlich der Polizei, ihn zu retten. Auf dem Ring und in anderen Straßen, die die Menge durchzog, liegen die Scherben der eingeschlagenen Fensterscheiben in Haufen und werden durch die Feuerwehrtorngeschäfte. Die Polizei verhaftete eine Anzahl von Personen, die in Lottosilos unter Benachung berittener Polizisten einsehert wurden. Man fand bei ihnen aus den Plünderungen stammende Wertgegenstände sowie Kleidungsstücke. Eine am Abend erschienene Kundgebung der Polizeidirektion berichtete von den Ausschreitungen und den politischen Parteien fanden Besprechungen statt, als deren Ergebnis entsprechende Einwirkung auf die Bevölkerung zur Vermeidung einer Wiederholung der Vorgänge ermittelte wird.

Während der Plünderungen wurden insgesamt 10574 Geschäfte und andere Unternehmungen beschädigt, zumeist solche in der inneren Stadt. 234 Personen wurden bei den Ausschreitungen verhaftet. Zwanzig Sicherheitswachorgane und sechsundzwanzig Zivilisten erlitten Verletzungen.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Zundersteuer. Im Reichstagsausschuß für Verbrauchssteuern wurde gestern der Gesetzentwurf zur Abänderung der Zundersteuerergesetze weiter behandelt. Die Mehrheitssozialdemokraten brachten einen Antrag ein, daß die Zundersteuer für 100 Kilogramm nur 50 M. betragen soll, das heißt die Hälfte der von der Regierung beantragten Steuer. Der Antrag wurde angenommen.

* Im Hochverratsprozess gegen die Staffurter Kommunisten vor dem Reichsgericht wurden von den 55 Angeklagten 16 freigesprochen; von den übrigen wurden 10 wegen Beihilfe zum Hochverrat zu Festungshaft von 2 Monaten bis 4 Jahren, die übrigen Angeklagten wegen Aufruhrs, Gefangenenerleichterung, Beamteneinwirkung, Diebstahl usw. zu Gefängnisstrafen von fünfviertel Jahren bis zu 3 Monaten verurteilt.

* Auf der Flucht erschossen. Der wegen Beteiligung an den Sprengstoffattentaten im Frühjahr dieses Jahres strafrechtlich gesuchte Kommunist Loebe wurde, wie aus Berlin berichtet wird, von zwei Polizeibeamten angehalten, als er nach der Verhaftung zu fliehen versuchte. Er ist kurz nach seiner Einlieferung in das Gefängnis, Abteilung Charité, gestorben. Das Gericht hat die Leiche durchschnitten, so daß die Ärzte keine Hilfe mehr bringen konnten. Die Untersuchung durch das Berliner Polizeipräsidium hat ergeben, daß die Beamten vollkommen nach ihren Vorschriften gehandelt haben.

* Die Kabinettsbildung in Ungarn. Graf Bethlen hat die Aufgabe der Kabinettsbildung in die Hände des Reichsverwesers zurückgelegt.

Badische Uebersicht. Staatspräsident Dr. Hummel

hat sich am Freitagabend nach Berlin begeben, um dem Reichspräsidenten Ebert sowie dem Reichszentralrat Dr. Brüch seinen Antrittsbefuch als neugewählter badischer Staatspräsident zu machen.

Schwarzbrennerei und Zuckernet.

Vom Ministerium des Innern wird uns geschrieben: Bekanntlich hat sich in mittelhessischen Ost-Kleinbrennereien in den letzten Jahren eine Schwarzbrennerei entwickelt, die im höchsten Maße geeignet ist, zur völligen Demoralisation der Bevölkerung zu führen. Die leichte Art, Geld zu verdienen, führt naturgemäß auch zu einem leichten Ausgeben von solchem. Geordnete Sitten gibt es dabei häufig nicht mehr, insbesondere fehlt es nachgerade an jedem sittlichen Gefühl, für das Wohl und Wehe der Allgemeinheit. Es ist schon schlimm genug, daß dem kleinen Mann von dem reichen Obffegen unseres Landes keine Kirche und keine Zwischige mehr zuteil wird und daß durch die Rübenschnitzel-Schwarzbrennerei der gute Ruf des Schwarzwälder Kirchwassers verloren gegangen ist.

Neuerdings haben sich die Kleinbrenner auf das Verbrennen von Zucker verlegt; über Achem und Bih gehen ganze Wagenladungen Rohzucker und selbst vor dem Versuch, reinen Kristallzucker in großen Mengen vom Markt wegzulaufen und zu verbrennen, schreien diese rücksichtslosen Viehdiener nicht zurück. Gendarmen, Bezirksämter und Staatsanwaltschaften sind angewiesen, dem Verbrennen von Zucker in schärfster Weise entgegenzuwirken. Leider unterliegt der Verkehr mit Zucker nicht mehr der behördlichen Kontrolle. Die Zuckerfabriken lehnen es ab, den Gemeinden oder den Konsumvereinen Zucker direkt zu verkaufen; sie haben ihre alten Beziehungen zum Großhandel wieder aufgenommen, welche letzterer — teilweise wenigstens — den Zucker dorthin verkaufen, wo die höchsten Einnahmen zu erzielen sind. Dieses schandbare Verhalten deutscher Geschäftsleute stinkt nachgerade zum Himmel. Aufgabe der gesamten Bevölkerung ist es, den Behörden bei der Nachforschung nach dem Verbrennen von Zucker behilflich zu sein. Es gibt vielerlei Gelegenheiten festzustellen, welche Brennereien Rohzucker erhalten, die ihn angeblich als Pferdefutter verwenden wollen. Daß es gegen diese Sippe von gewissenlosen „Geschäftshütern“ keine Schweigepflicht und keine Rücksicht geben kann, ist wohl als selbstverständlich anzusehen.

Das Bauen von Kleinwohnhäusern

unter Verwendung geomerter Bauteile gewinnt immer mehr und mehr an Ausdehnung und Bedeutung. Das hat natürlich vorwiegend seinen Grund in der Erfahrung, daß tatsächlich das Bauen mit Normen die Baukosten erheblich verringert. Als Beispiel soll hier nur das Ergebnis einer Verbindung in Thüringen angeführt werden, wonach 1 Quadratmeter Fensterfläche bei fast gleicher Fenstergröße und Ausführung wie Normenfenster etwa 40 Mark teurer als bei letzteren herzustellen war. Der Unternehmer (Produktionsgenossenschaft der Glaser) war der gleiche. Allerdings hatte er sich auch die Vorteile des Arbeitens auf Vorrat zu eigen gemacht.

Auskünfte in Normenangelegenheiten erteilt die Reichshochbaunormung Berlin N. B. 7, Sommerstraße 14 oder die Hochbaunormung Baden beim Badischen Landesgewerbeamte, Karlsruherstraße 17, Karlsruhe, durch welche auch die Normenblätter von jedermann bezogen werden können.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Gesperert ist die Annahme von Frachttaragenänderungen mit Leistung: a) über Vingerbrück nach Bezirk Köln und darüber hinaus; ausgenommen sind Kartoffeln, Bekleidungsut. Wiederaufbau und Saiz für chemische Werke; b) über Göttingen ohne Ausnahmen. Unter diese Sperre fallen insbesondere sämtliche Bahnhöfe in Hamburg und Altona.

Buchkritik.

Die Probe Botchaft nach Marus. Aus der griechischen Urchrift übertragen von Roman Wolner. (C. S. Ved-München, geb. 14 M.). Wenn wir ein geliebtes Wesen dauernd im Alltagsgewand zu sehen gewöhnt sind, und es tritt plötzlich in feierlichsten Schmuck edelster Kleidung vor uns hin, so werden wir, wenn es uns auch in den neuen Farben fremdartig erscheint und wir vielleicht von Heimweh beschlagen werden nach den alten vertrauten Formen, doch dann erst seiner ganzen Schönheit und Größe neu bewußt und wir begrüßen das Alt-Eigene als ein Neues, das wir mit Wärme doch als Eigen erkennen. So mag es uns amnuten, wenn das alte Marus-Evangelium in dieser poetischen Verfassbarkeit als neues Gedicht vor unsern Geist tritt; wir sehen das Alte mit neuen Augen, und entdecken neue Werte mit neuen Organen. Der Verfasser sagt in einem Anhang seiner form schönen Übersetzung: „Sind doch sämtliche deutschen Übersetzungen das Werk von Theologen. Da meinte ich dann, es könne nicht schaden, noch gehalten werden, wenn sich einmal jemand dran wagte, dem gerade die künstlerische Seite des Neuen Testaments das Herz gewonnen.“ Luther mußte sehr daran liegen, es zu einem vollständigen Reifebuch zu gestalten, wozu er ja auch, nach der eigenen künstlerischen Schöpfung, überall Wort und Wendung dem Volk vom Mund abzulaufen mußte. Und so entspricht auch der Sachverhalt und die Sachbeziehung dieser „Septemberbibel“ von 1622 dem Stil und dem Zweck einer vollkommenen Verdeutschung. — War es demnach von vornherein mein Ziel, die Kunstform wiederzugeben, so doch nicht minder, den Inhalt sorgsam und treulich zu vermitteln. — Abweichend von der gewöhnlichen Reihenfolge stelle ich das Marus-Evangelium als das Älteste, von Matthäus und Lukas benutzte, an die Spitze und gebe ihm zum Geleit die Worte Hermann von Soden: Dies Evangelium ist in Wahrheit das Nützlichste unter Allen, ein Meisterwerk der naiven Kunst, von hinreißender Kraft, von gemüthvoller Innigkeit und Unmittelbarkeit der Darstellungen.“ Möge die alte Wahrheit im Gewand neuer Schönheit viele Freunde gewinnen. D.

Die Wanderung des Herrn Ulrich von Gutten. Ein Tagebuchroman von Bill Wepser. (C. S. Ved-München, geb. 18 M.). Bill Wepser ist uns bekannt als Sänger der Liebe und des Vaterlandes. In dem vorliegenden Werk ist er beides zugleich: Dichter der Liebe zum Vaterlande. Aus Vaterlandsliebe ist dieser köstliche Roman geboren. Ulrich von Gutten ist die Liebe zu Deutschland. Das Wagnis, den Helden des 16. Jahrhunderts in einem fingierten Tagetuch selbst sprechen zu lassen, kann nur ein großer Dichter und Einfühler unternehmen; es ist Bill Wepser vollkommen gelungen. Lebendig wird unter seinen Künstlerhänden der Held selber, lebendig alle die großen Namen um ihn her, wie Franz von Sickingen, Luther, Kaiser Max, Karl V., Franz I., Erasmus, Reuchlin, Zwingli usw., lebendig der Geist, der jene große Zeit besetzte. Man denkt an Aristoteles Wort, daß die Dichtkunst philosophischer sei als die Geschichte. Begeisterung und Begeisterung ergreift uns, wenn wir dieses so wahre herrliche Gedicht lesen. Wenn sie schlau wären, so ließen sie uns etwas Atem, und predigten uns nicht gar so hart. Der Deutsche vermag viel, allzu viel. Einfangen und leicht binden läßt er sich wohl und zumal, wenn es einer geschickt und schlau ansetzt. Aber umbringen und abschlagen läßt er sich nicht. Und im ganz zu vernichten, ist unmöglich. Wer mit, Freund! Und ihr, denen des Vaterlandes Freiheit am Herzen liegt, die ihr Deutschlands Ehre erkent und noch nicht ganz dem Fremden verfallen seid, tretet hervor, waagt, seht das Leben ein, wie ich tun will, und der Sieg wird nicht ausbleiben. — Ich halte die Feder und schreibe noch einmal mit ganzer Seele und allen Kräften das Wort, darin all mein Leben liegt, dafür ich gerickt habe bis in den Tod, dafür noch weiter mir mein Geist bleibt und weiter streitet. Ja, meine Bücher leben und streiten. Es durchzuckt mich Freude. Aber ich schreibe das Wort, ehe es ganz zu Ende geht, und wer nach mir die Feder nimmt, der schreibe bei diesem Wort weiter, oder er lasse die Feder liegen und verdamme. Ich schreibe: Deutschland. Diese herrliche deutsche Gestalt wieder zu lebendem Leben erweckt zu haben, ist ein großes Verdienst des Dichters und wird es bleiben. Auf den Weihnachtsfest aller reifen deutschen Jugend gehört dies Buch. Es gehört nach Formschönheit und Geistes- und Gemütskraft zum Wer-

testen, was ich je gelesen habe und es läßt den Leser nicht los bis zum Ende; es ist in der Tat ein spannender Roman. Und immer wieder schlägt man es auf und erfreut sich von neuem und genießt jetzt erst voll die große tiefe Schönheit. Deshalb muß man dies Buch besitzen, um es immer wieder zu lesen; mit Ergötzenheit zu lesen von dem selig-unseligen Lebenslauf dieses deutschen Mannes, der bald als armer Landstreicher auf der eben Landstraße sich der Wölfe erwehrt, bald am Hof des Kaisers als Dichter mit dem Lorbeer gekrönt wird, bald in Italien wandernd, fünf Franzosen, die ihn, den Einzelnen, angreifen, teils nieder, teils in die Flucht schlägt, der endlich einsam, krank und verlassen, in der Verbannung stirbt — aber ungeboren bis zum letzten Atemzug der mutige leidenschaftliche Kämpfergeist: „Es lebe die Freiheit und das Vaterland!“ Und über all diesem herrlichen Geist gekreuzt von der ersten bis zur letzten Zeile die erlesenste köstlichste Poesie. Dieses Buch ist nach Geist und Form ein wahres Meisterwerk. D.

Handwerkliche Kunst in alter und neuer Zeit. Herausgegeben vom Deutschen Werkbund. (Verlag Hermann Neudorff, Berlin W. 35, Küssowstraße 102/04). In der Reihe der „Werkbund-Jahrbücher“ ist dies vorliegende eine der wertvollsten Unternehmungen. Das Kunst-Handwerk wird in seinen verschiedenen Betätigungen gezeigt. Die Abbildungen sind glänzend in der Wiedergabe, voll starker Plastik, der besondere Reiz des Werkes ruht darin, daß sein begleitender Text von den Künstlern selber stammt, sie berichten auf ästhetische Betrachtung und schreiben über ihre Handwerk, ihre Technik, ihre Material. Das gibt dem Buch seinen unpedantisch-frischen und lebendigen Zug. S. B.

* „Deutsche Plastik des Mittelalters“. In vielen Reisen ist offenbar die Meinung verbreitet, als sei die Ausstellung „Deutsche Plastik des Mittelalters“ bereits geschlossen. Diese Meinung ist irrig, weshalb darauf hingewiesen sei, daß sowohl die Abteilung „Plastik des Reichsburger Münsters“ als auch die Abteilung „Oberrheinische Plastik“ noch weiterhin zu den üblichen Besuchszeiten besichtigt werden kann. In Vorbereitung ist eine Abteilung, deren Fertigstellung eigens mitgeteilt werden wird.

DZ. Heibelberg, 1. Dez. Die Bewohner des gepflasterten nördlichen Teiles, der Sandshühler Landstraße, haben sich im Mai d. J. an das Bezirksamt gewandt und um Einstellung des Lastkraftwagenverkehrs in diesem engen Teil der Sandshühler Landstraße gebeten. Begründet wurde die Eingabe mit den schweren Schäden, die infolge des Durchfahrens der Kraftwagen an den alten Bauernhäusern hervorgerufen werden. Diese erleiden jedesmal schwere Erschütterungen, da sie noch in alter Bauweise an das Straßenpflaster angegeschlossen sind, die in einem Falle sogar fast zum Zusammensturz eines Hauses geführt hätten. Die Sandshühler Landstraße wird nun, da der Landeskommissar die Sperrung als ortspolizeiliche Vorschrift für vollziehbar erklärt hat, von der Mühlstraße bis zur Blumenthalstraße für Lastkraftwagen gesperrt.

DZ. Freiburg, 2. Dez. Das Verlagsrecht des im 57. Jahrgang erscheinenden „Freiburger Boten“ ist käuflich an den Presseverein Freiburg, der die „Freiburger Tagespost“ in seinem Verlage erscheinen läßt, übergegangen. Der „Freiburger Bote“ wird sein Erscheinen mit Ablauf dieses Jahres einstellen.

DZ. Freiburg, 2. Dez. Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und mit der hiesigen Preisprüfstelle wurde dieser Tage hier eine eingehende polizeiliche Kontrolle der Laden- und Lagerräume der Lebensmittelgeschäfte vorgenommen. Die Durchsuchung war gründlich und gut organisiert. Über das Resultat steht noch nichts Wesentliches fest, doch scheinen im allgemeinen keine größeren Vorräte aufgestapelter Waren gefunden worden zu sein. Solche Untersuchungen werden nun zur Verhinderung von Preisstreibern in nächster Zeit ab und zu einmal vorgenommen werden.

DZ. Kandern, 3. Dezember. Der Heimatverein Kandern bemüht sich, wie bereits bekannt ist, um die Erhaltung des Hainers Klozes. Diesen Bemühungen hat sich nunmehr auch der Hauptvorstand des Badischen Schwarzwaldbundes angeschlossen, und eine Eingabe an die zuständige Behörde eingereicht, damit eine teilweise oder vollständige Abtragung des Berges verhindert wird.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Friedrich Klose als Ehren doktor. Ein Sohn unserer Stadt, der Tonseher Friedrich Klose, Schöpfer der Märchenoper „Altebill“, erhielt von der philosophischen Fakultät Bern die Würde eines Ehrendoktors.

DZ. Die Detailistenvereinigung Karlsruhe hielt dieser Tage ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die Neuwahl der Vorstandsmitglieder ergab als 1. Vorsitzenden Herrn Otto Freundlich, als Stellvertreter Herrn Heinrich Maag, als 1. Schriftführer Herrn Adolf Lindenlaub, als 2. Schriftführer Herrn Karl Kuentel. Die von Kuentel beantragte Namensänderung der Detailistenvereinigung Karlsruhe e. V. in Landeszentrale des Badischen Einzelhandels, Ortsgruppe Karlsruhe e. V., wurde einstimmig angenommen.

In der Galerie Moos, Kaiserstraße 187, veranstalteten zurzeit 65 unserer besten einheimischen Künstler eine Weihnachtsausstellung, welche eine überaus große Auswahl von Gemälden jeder Art bietet. Bereits in den ersten Tagen wurde eine Anzahl der Werke mit dem Vermerk „Verkauft“ geschmückt, was wohl der beste Beweis für die Ausstellung selbst ist.

DZ. Verurteilte Schleihändler und Betrüger. Das Schöffengericht verhandelte gestern gegen 10 Personen wegen Schleihhandels mit gefälschten Notizen. Zwei Angeklagte erhielten je 4 Wochen, 4 bis 5 Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Vier weitere Angeklagte Geldstrafen von 300 bis 700 Mark. In einem Falle, der unerlaubten Handel mit Salvarian betraf, wurde auf 200 Mark Geldstrafe erkannt.

Badische Gemeindegewinnung.

DZ. Freiburg, 2. Dez. Infolge der gestiegenen Kohlenpreise hat der Stadtrat den Gaspreis für den Dezember auf 2,50 M. pro Kubikmeter festgesetzt. — Die Erweiterung des Industriegebietes durch Aufschließung des Blockes 2 mit einem Aufwand von 1.325.000 M., sowie die Versorgung dieses Gebietes mit Gas, Wasser und Elektrizität mit einem Aufwand von zusammen 2.265.000 M. wird genehmigt. Der erforderliche Aufwand soll durch Kapitalaufnahme bestritten werden. Die Vorlage wird dem Bürgerausschuß noch zugehen.

Staatsanzeiger.

Das Brasilianische Generalkonsulat in Hamburg betr.
Dem Brasilianischen Generalkonsulat in Hamburg ist anstelle des nach Genua verlegten Brasilianischen Konsuls Milton Bequelin Vieira Herr Arn Werner als Konsul zugeteilt worden. Zum Amtsbezirk des Brasilianischen Generalkonsulats Hamburg gehört auch das badische Staatsgebiet. Konsul Arn Werner wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtsfunktionen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 1. Dezember 1921.
Badisches Staatsministerium.
Ministerialabteilung für Präzisionsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Bekanntmachung.
Auf Grund der abgelegten Prüfung wurden die nachgenannten Verwaltungsobersekretäre als für den Revisionsdienst im Geschäftsbereich der inneren Verwaltung befähigt erklärt:
1. Friedrich Vog von Gorchheim, 2. Karl Bühler von Eberbach, 3. Julius Kullinski von Strachburg, 4. Karl Salzmann von Neudammersbach, 5. Adolf Schwarz von Offenburg, 6. Ratsherr Karl Werner von Mönchzell.

Karlsruhe, den 28. November 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Leers.

Die im Oktober 1921 stattgehabte Straßen- und Dammerweiterung haben bestanden:

Karl Verisch aus Strachburg i. E., Robert Bühler aus Lahr, August Danner aus Mannheim, Fritz Dumm aus Friedrichseld, Hermann Edel aus Heidelberg, Franz Eber aus Wulach, Friedrich Grathwohl aus Karlsruhe, Ludwig Karg aus Sandhofen, Arthur Klemm aus Karlsruhe, Robert Kapp aus Neudammersbach, Johann Kuntel aus Mannheim, Karl Auger aus Baden, Heinrich Mathes aus Dirschborn, Karl Metz aus Lindenheim, Friedrich Ringhauser aus Mannheim, Max Steiert aus Wühl, Ferdinand Weiß aus Stetten a. f. M., August Wörner aus Dieschheim.

Bankhaus 3864
Straus & Co., Karlsruhe
Friedrichsplatz 1, Eingang Ritterstraße
Fernsprecher: Für Ortsverkehr Nr. 30, 4595-4598
Für Fernverkehr Nr. 4901-4905

Dresdner Bank
Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.
Rückstellungen: 80 Millionen M. ::
Niederlassungen in Baden:
Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz
Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:
3.889

Erich Bühler
Bank-Geschäft
Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz
empfiehlt sich zur Ausführung von
Bank-Geschäften jeder Art
zu den billigsten Sätzen. K.271
Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.
Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

Gartenbaugeschäft
Hermann Thiele
Karlsruhe i. B.
Karl-Friedrichstraße 16 Telefon 2888
Erstes Spezialgeschäft für Landschaftsgärtnerei am Platze
empfiehlt sich zur Ausführung von Gartenanlagen in allen Größen und Stils, sowie Umarbeiten und Unterhalten von allen Gärten, Beschneiden von Obstbäumen und Ziersträuchern zu angemessenen Preisen bei prompter, reeller Bedienung
Anfertigung von Plänen und Kostenanschlägen
3.757

Briefmarken-Gammlung:
am liebsten größeres Objekt
in guter Erhaltung in jeder Preishöhe von Liebhabern zu kaufen gesucht.
Angebote unter 3.816 an die Expedition der Karlsruher Ztg.

Charakter- deutung
(20 Zeilen in Linde gefärbt.)
Mark 6.60 3.088 b
Grapholog. Institut
S. R. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Häuser
und Geschäfte, teils beziehbare, stets zu verkaufen.
M. Busam, Herrenstr. 38

Gebr. Leichtlin
Zähringerstraße 69 Telefon 48
Papier-, Schreib-, Zeichen-Materialien- und Kunsthandlung, Buch- und Kunst-Druckerei
beehren sich die Eröffnung ihrer mit Neuheiten aufs reichhaltigste ausgestatteten
3.810
Weihnachts-Ausstellung
anzuzeigen und zu deren Besuche höflichst einzuladen.

Für die Regentage
Raglans und Schlüpfer
aus la Gummi- und imprägn. Stoffen
in Farben M. 355.— an
Herbst-Neuheiten
in Herren- und Jünglings-Anzügen
äußerst preiswert
Spezialabteilung für erstklassige Maßanfertigung
Großes Stofflager

in Cutaways, gestreift. Hosen und eleganten Fantasie-Westen
Übernehme auch jede Anfertigung aus beigegebenen Stoffen zu soliden Preisen

Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss.
Kaiserstr. 233 Erste Etage Ecke Hirschstr.
Telefon 1860 3.574 Straßenbahnhaltestelle

Sonntag, den 4. Dezember 1921.
Landestheater. 5-10 Uhr Mk. 40.—
Zum ersten Mal:
Der Schatzgräber
Oper in einem Vorspiel, vier Aufzügen und einem Nachspiel v. Fr. Schreker.

Konzerthaus.
7 bis 9 Uhr
Mk. 17.50
Börsenfieber

Bund erblindeter Krieger
Ortsgruppe Karlsruhe, Pforzheim u. Umgebung.
Herzliche Weihnachtsbitte!
Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Sehende Mitbürger, vergesst die schwergeprüften Kriegsblinden nicht! Um ihnen eine Weihnachtsfreude bereiten zu können, bitten wir recht herzlich um Euer Unterstützung. Jede Gabe ist willkommen. Zum Empfang ist der Unterzeichnete beauftragt. Letzter Termin 24. Dezember.
Die Ortsgruppenleitung:
Karl Böhle, Hauptlehrer, Melanchthonstr. 2.

Konzerthaus.
BADISCHE LICHTSPIELE
für
Schule und Volksbildung
Samstag, 3. Dezbr. 3 Uhr nachm., 5 Uhr nachm., 8 Uhr abends.
Mit Beginn jeder Vorführung werden die Türen geschlossen.
Spielplan:
Wellenkämpfe — Sportfilme (Zeitupe) — Hänfling im Nest. — Montessori, Haus der Kinder-Holzflößerei im bayerischen Hochland.
Großstation Nauen im Weltverkehr.
Sonderpreise: Nachmittags auf allen Plätzen M. 2.50 einschließlich Steuer. Abends 1. Platz M. 4.— 2. Platz M. 3.— einschließlich Steuer.
Verkaufsstellen: am 3. Dezember nachmittags und abends an der Konzerthauskasse A und B.
Vorverkauf: Musikalienhandlung Müller, Ecke Kaiser- u. Waldstr., Buchhandlung Krieg, Kaiserstr. 67, Südstädt. Zigarrenhaus, Schützenstr. 22, Zigarrenhaus B. Holz, Ecke Karl- und Mathystr. und in den Geschäftsstellen des Verkehrsvereins. 3.818

Gemeinsamer Binnentarif der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (badischen Nebenbahnen).
Im Verkehr mit Stationen der Nebenbahnen Achern—Ottenshöfen, Wiberach—Oberharmersbach, Galtlingen—Kandern, Krozingen—Münstertal—Sulzburg, Mosbach—Mudau, Oberscheffenz—Willigheim und Rhein—Ettenheimmünster treten ab 1. Dezember ds. J. Erhöhungen im Erprekautverkehr ein. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tarifserhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrs-Ordnung (N. G. B. 1914, S. 455). Nähere Auskunft erteilt die Unterzeichnete. Berlin, 30. Nov. 1921.
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft, Aktiengesellschaft.

Im Erprekautverkehr mit Stationen der Nebenbahn Wöckmühl—Dörzbach treten am 1. Dezember ds. J. Tarifserhöhungen ein. Das alsbaldige Inkrafttreten der Tarifserhöhungen gründet sich auf die vorübergehende Änderung des § 6 der Eisenbahnverkehrs-Ordnung (N. G. B. 1914, S. 455). Nähere Auskunft erteilt die Unterzeichnete. Berlin, 30. Nov. 1921.
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft, Aktiengesellschaft.

Deutsch-nordische Güterverkehre.
Die deutschen Schnittfrachttarife in den am 1. Dezember 1. J. herausgegebenen neuen Teilen II zum deutsch-dänischen und deutsch-schwedischen-norddeutschen Gütertarif werden vom gleichen Zeitpunkt ab um 50 v. S. erhöht. 3.975
Karlsruhe, 30. Nov. 1921.
Deutsche Reichsbahn-Eisenbahn-Generaldirektion.